

Neubauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigenkosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf.
Anzeigenannahme an Budtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Neuba — Sautereinst. Aktien.

Nr 31

Donnerstag, den 12. März 1931.

44. Jahrgang

Abrüstung?

Die italienisch-französiche Flotteneinigung ist im Auslande, namentlich in Frankreich, als Beweis des zufriedigen Friedenswillens und der Abrüstungsbereitschaft der beteiligten Mächte gefeiert worden. In Deutschland hat man diese Beteuerungen allerdings mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen; denn durch das Kompromiß ist wohl dem Welterfüllen der Mittelmeerflotte ein Ende gemacht worden, von einer tatsächlichen Abrüstung kann jedoch keine Rede sein. Im Gegenteil, Paris und Rom garantieren sich gegenseitig ihren Rüstungsstand bis zum Jahre 1936, genau wie die großen Seemächte England, Japan und Amerika, die ihre Flottenrüstungen bis zu diesem Termin vertraglich festgelegt haben. Im Februar 1932 soll nun auf der sogenannten Abrüstungskonferenz das gleiche Verfahren hinsichtlich der Landrüstungen angewandt werden. Auf einen Erfolg dieser Konferenz kann man von vornherein nicht hoffen. Da doch der französische Kriegsminister Maginot es kürzlich in der Pariser Kammer allen Ermiten behauptet, daß Frankreich bereits abgerüstet habe, Deutschland aber insgemai aufzurüste. Die Beratung des Wehretats im Haushaltsausschuß des Reichstages gab der Reichregierung und dem Parlament willkommene Gelegenheit, die unheimlichen und wahrheitswidrigen Behauptungen des französischen Kriegsministers mit aller Schärfe zurückzuweisen.

Maginots Behauptungen dürfen nicht unüberlegt bleiben. Und es ist dem Reichswehrminister Groener zweifellos gelungen, geradezu lüdenlos mit betonter Weidenschaftslosigkeit den Beweis dafür zu erbringen, daß Frankreichs Rüstungen nicht um einen Deut geringer geworden sind. Das, was Maginot als Verminderung der französischen Rüstungen hinstellen behauptet — er verweist dabei auf die Herabsetzung der Divisionenzahl und die Verminderung der Dienstzeit von drei Jahren auf ein Jahr —, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Umorganisierung, eine Umrüstung u. a. unter Berücksichtigung der gemachten Kriegserfahrungen und unter Angleichung an eine geradezu wahnwitzige Entwidlung der Kriegstechnik. Die Schlagkraft der französischen Armee ist dadurch nur um so stärker geworden. Im einzelnen konnte Groener den Nachweis erbringen, daß Frankreich überhaupt nicht daran gedacht hat, sein Kriegsinstrument irgendwie unter den Schattien jener Abrüstungstheze zu stellen, die feinerzeit den Kardinalpunkt des Versailleser Vertrages bildete, solange es galt, sie auf Deutschland in Anwendung zu bringen.

Immer wieder muß es gesagt werden, und der Reichswehrminister hat es mit Deutlichkeit wieder ausgesprochen, daß vor zehn und mehr Jahren die deutsche Abrüstung damit begründet wurde, daß sie den Auftakt zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen darstellen sollte. Hier ist verbrieftes Recht, auf das Deutschland nicht nur im Interesse seiner eigenen Sicherheit, sondern in dem hohen Interesse des europäischen Friedens pochen muß, solange es unerfüllt ist. Maginots These, daß diejenigen Länder, die im letzten Kriege die Angreifer gewesen seien, strengeren Rüstungsbeschränkungen unterworfen bleiben müßten als die anderen, ist so, wie sie gemeint ist, ein Hohn auf das Ergebnis der historischen Wissenschaft internationalen Charakters, die längst die Versailleser These von der Allein Schuld Deutschlands am Kriege als widerlegt festgelegt hat.

In der Abwehr der französischen Behauptungen fand der Reichswehrminister die einmütige Zustimmung aller Parteien. Gleich e Sicherheit für alle Staaten, allgemeine Abrüstung, wie sie der Versailleser Vertrag ausdrücklich bestimmt hat, das waren die Grundforderungen, die Minister Groener im Einvernehmen mit dem Reichsamt für die Abrüstung der Weltler aufgestellt hat. Ob Deutschland mit diesen Forderungen auf der bevorstehenden Konferenz durchdringen wird? Kaumden sich mit dem Wächler des Flottensabkommens eine geschlossene Front von London über Paris bis Rom gebildet hat, braucht man sich kaum großen Hoffnungen hingeben. Eine Rüstungsgleichheit wird nie und nimmer herauskommen. Der bekannte englische Abrüstungsdelegierte Lord Cecil wird es schon als ein erfreuliches Ergebnis betrachten, wenn auf der Konferenz von 1932 eine allgemeine 25prozentige Verringerung des Militärhaushalts aller Wehrländer erreicht würde. Selbst wenn diese klünnen Ermächtigungen erfüllt werden sollten, was ganz und gar unahrscheinlich ist, würde noch lange nicht die gleiche Sicherheit erreicht werden, auf die Deutschland Anspruch erheben muß.

Der Wächler steht auf jeden Fall vor einer schweren Entscheidung. Auf der Abrüstungskonferenz muß er zeigen, ob er die Autorität besitzt, um die Staaten zur Erfüllung der vertraglich festgelegten Abrüstungspflicht zu veranlassen. Wenn es bei der einseitigen

Abrüstung Deutschlands bleibt und die anderen Völker nicht abrüsten wollen, dann ist es endgültig aus mit dem Ansehen des Völkerbundes, und die Reichsregierung muß sich darüber schlüssig werden, ob unter diesen Umständen ein Verbleiben Deutschlands in dieser Rührerschaft überhaupt noch Sinn und Zweck hat.

Regierungsbereit wenn . . .

Antwort der D. N. D. P.

Berlin, 11. März.
Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit:
Dr. Eugenborg, Dr. Oberhofen und Dr. von Winterfeld veröffentlichen eine Erklärung, deren Zweck nicht rückwärtende Auseinandersetzungen über Vergangenes ist, sondern vielmehr die wirkliche Durchführung der auch vom Reichkanzler betonten Notwendigkeit größerer Wahrsichtigkeit in unserem öffentlichen Leben.

In der Regierungspreße wird neuerdings in verstärkter Umfange die falsche Darstellung verbreitet, daß die Regierung durch die Politik der nationalen Opposition an die Seite der Sozialdemokratie gedrängt werde und daß die Reichsparteien, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei, sich vor oder nach den Wahlen aus Scheu vor Verantwortung einer politischen Mitarbeit an der Regierung verweigert habe.

In der Erklärung heißt es u. a., daß den Deutschnationalen seitens der Regierung Breitung weder vor noch nach dem Septembervorhaben irgendwelche Angebote betreffend Regierungsbeteiligung gemacht oder irgendwelche Möglichkeiten hierzu geboten worden seien. Die Deutschnationalen Parteiführer hätten seit dem Herbst 1929 öffentlich und nichtöffentlich immer wieder betont, daß sie zur Übernahme der Verantwortung, allerdings unter bestimmten, dem Kanzler bekanntgegebenen Bedingungen, bereit seien.

Die Behauptung, das Kabinett habe in Auswertung der Wahlen den nachdrücklichsten Verzicht gemacht, die Grundlage der Regierung nach rechts zu erweitern, wird, soweit die Deutschnationalen in Betracht kämen, in der Erklärung als unrichtig bezeichnet.

Der Beschluß des Reichslandbundes.

Das Ergebnis der Berliner Tagung.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes beschäftigte sich auf einer Tagung in Berlin mit der Stellungnahme zu der Agrarvorlage und dem Gesetz über die Dithilfe. Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde folgender Bericht veröffentlicht:

„Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat den Bericht des Geschäftsführenden Präsidenten Grafen von Kaldreuth entgegengenommen und billigt die Haltung und Maßnahmen, die das Präsidium in Ausübung der Kampfschlichtung zum letzten Reichstagslandtag ergriffen hat. Ausdrücklich erklärt auch der Bundesvorstand die seitdem bekannt gewordene Agrarvorlage einschließlich der Dithilfe für unzureichend, insbesondere wegen Minderwertigkeit unserer Forderungen auf dem Gebiete der allgemeinen Rentenienkung und der unzureichenden Maßnahmen sowie des Fehlens jeder Garantie für sofortigen und ungehinderten Durchfühung der Maßnahmen. Der innerhalb und außerhalb der Reichsregierung verfaßt utage getretenen landwirtschaftlichen feindlichen Kräfte gilt nach wie vor unser schärfster Kampf.“

Eine Einwirkung auf die Parteien in den gegenwärtig rein politischen Entscheidungen lehnt der Bundesvorstand ab. Die Verantwortung für die augenblickliche Lage und die weitere Entwidlung der Gesetzgebung auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet liegt ausschließlich beim Reichskabinett und den Parteien.“

Konferenz der Außenminister.

Vor der Tagung des Europaausschusses.

Genf, 11. März.

Der von Briand zum 24. März nach Paris einberufenen Tagung des Europaausschusses wird in hiesigen unterrichteten Kreisen größere Bedeutung beigegeben.

Man nimmt an, daß diese Tagung, die offiziell als Tagung des Organisationsausschusses des Europaausschusses inberufen worden ist, den Charakter einer Konferenz der europäischen Außenminister annehmen wird, nachdem die Teilnahme der Außenminister von England, Frankreich, Italien, Spanien, Südlavien, Griechenland, der Schweiz und Finnland bereits gesichert ist. In den Verhandlungen des Organisationsausschusses nehmen ferner Vertreter von Polen, Dänemark und Portugal teil. Eine offizielle Mitteilung über die Teilnahme des deutschen Außenministers an dieser Tagung liegt in Genf zwar noch nicht vor; im Hinblick auf die große Bedeutung der zur Verhandlung stehenden Fragen wird jedoch mit der Teilnahme von Dr. Curtius gerechnet.

Auf der Tagesordnung des Organisationsausschusses stehen grundsätzliche, die Organisation der europäischen Union betreffende Fragen, ferner ein Bericht über die dänischen Regierung an den Europaausschuß und die dänische Regierung der dringenden politischen Probleme Europas, ferner die Wahl des Präsidiums und des Vizes des Europaausschusses.

paichen Ausschusses. Da mit der Möglichkeit einer Wahl des französischen Außenministers Briand zum Präsidenten der Republik im Mai gerechnet wird, dürfte auch die Frage der künftigen Präsidentschaft im Europäischen Ausschuß zur Sprache gelangen.

Deutsche Reden in Paris.

Aussführungen von Joos und Frau Weber.

Paris, 11. März.

Der deutsche Reichstagsabgeordnete Joos (Zentrum) hielt am Einigung des französischen Nationalrates für soziale und politische Studien einen Vortrag über das Thema „Die Beziehungen zwischen den Katholiken und den Zentrumsparteien Deutschlands und Frankreichs.“

Er führte u. a. aus: Die Deutschen und die französischen Katholiken hätten in ihren Beziehungen untereinander bereits einen großen Fortschritt zu verzeichnen, der darin liege, daß man sich kennen und achten gelernt habe. Noch fehle jedoch die Gemeinamkeit der Anschauungen in bezug auf gewisse grundlegende Fragen.

Nur volle Gleichberechtigung könne zum Ausgleich führen und in Deutschland die radikale Bewegung nach rechts und links abmildern. Angehts der die christliche Kultur untergraben Gefahr aus dem Osten müsse Europa sich einigen. Über den Danksbegriffen „Friede“ und „europäische Verständigung“ gebe es noch einen dritten grundlegenden Begriff „die Gerechtigkeit.“

Sodann sprach die deutsche Reichstagsabgeordnete Helene Weber im Namen der katholischen Frauen Deutschlands. Sie betonte den Einfluß der Frau auf die christliche Geistesentwicklung im Sinne der Verständigung und des Friedens.

Der ehemalige Abgeordnete Boffard legte in längeren Ausführungen den Geist und die Ziele der katholischen Bewegung dar. Der Redner entwidete das Programm für die Zukunft, wobei er eine weitgehende Ausschaltung der Politik zugunsten des Kampfes gegen den rechten und linken Radikalismus in Aussicht stellte.

Der Reichstagsabgeordnete Joos erklärte, daß das von dem französischen Abgeordneten Boffard verteidigte Programm in dieser Form nicht den Auffassungen der deutschen Katholiken entspreche. Der Kampf der katholischen Bewegung richte sich lediglich gegen die Zerstückelung der christlichen Familie und des christlichen Geistes, wobei man an die dogmatische religionsfeindliche Propaganda gedacht habe.

Englands Abrüstungspolitik

London, 11. März.

Der Staatssekretär für die Landesverteidigung, Sir Austen Chamberlain, gab bei der Einbringung der Heeresordnung im Unterhaus eine Erklärung über die Richtlinien der Regierungspolitik der Abrüstungsfrage ab. Die Regierung beachtete weiterhin, die britischen Streitkräfte in ihrer augenblicklichen Höhe aufrechtzuerhalten. Es stehe außer Frage, daß die richtige Herabsetzung der Rüstung, die in England vorgenommen wurde, von anderen Ländern nicht nachgeahmt werden lie. Unter diesen Umständen sei es für ihn unmöglich, daß die Regierung eine einseitige Verminderung der Streitkräfte zu empfehlen. Die Reichsregierung habe die Erfahrung gemacht, daß die Abrüstung für die Zukunft sprechen dagegen. Das Haus werde ihm schon recht verstehen, wenn er erkläre, daß die Ausrichtung der Abrüstung dagegen prägen. Die Regierung werde, so wie sie es bei der Flottenabrüstung getan habe, auch bei den Verhandlungen über die Abrüstung zu Lande eine führende Rolle übernehmen. Aber zur Zeit lie es vollkommen unmöglich, eine Herabsetzung der Streitkräfte vorzuschlagen, und aus diesem Grunde seien die in den Vorschlägen aufgeführten Zahlen ungeändert die gleichen wie im vergangenen Jahre.

Polen am Pranger.

Die Terrorakte in Hohenbierken vor Gericht.

Bydmit, 11. März.

Vor dem Schwurgericht in Bydmit begann der Prozeß wegen der am 19. November vorigen Jahres gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Hohenbierken verübten Terrorakte. Bei diesen Vorfällen wurden die deutschen Minderheitsangehörigen von den politischen Anführern in schwerer Weise körperlich mißhandelt, zum Teil wurde ihnen auch die Wohnungsbesitzung verweigert. So wurde der Vertrauensmann des Deutschen Volksbundes, Neugebauer, so lange gefoltert, bis er bewußtlos zu Boden stürzte. Wodanlag er hat an den Folgen der Verletzungen schwerwiegend darniederzulegen. Gleich nach den Vorfällen wurden zwei Wundheilende herbeigeführt, während vier andere, darunter der politische Schulleiter Schimminski, sowie der Polizeikommandant Konopa der Mitwirkung beschuldigt wurden. Gegen alle sechs Personen wurde das Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs, schwerer Körperverletzung sowie Aufreizung zu Gewalttaten eingeleitet.

Vor Gericht bestritten sämtliche Angeklagten die ihnen in der Anklageschrift zur Last gelegten Verbrechen. Besonders die Angeklagten Schimminski und Konopa verweigerten die Schuld an den Vorgängen der „provokierenden“ Tätigkeit des Deutschen Volksbundes zuzuschreiben. Auch die Nationalsozialisten in Ratibor hätten herausfordernd Weise an der Grenze demonstriert. Konopa will sogar durch einen Spieß erfahren haben, daß die Ratiborer Hiltler-Dr.

hänger einen „Leberfall“ auf Höhenbirken geplant hätten (!). Dieser angebliche Leberfall sei dann auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Als der Rechtsbeistand der als Nebenkläger auftretenden geschädigten Deutschen ihn nach näheren Einzelheiten über die Angelegenheit befragte, gab Komura unter Berufung auf sein Dienstsgeheimnis bezeichnenderweise keine Auskunft.

Die Vernehmung der Angeklagten war am frühen Nachmittag beendet. In der Nachmittagsstimmung wurde in die Beweisaufnahme eingetreten. Ingesamt fand über 30 Zeugen geladen. Der Prozeß dürfte mehrere Tage dauern.

Der Aufgabe kritischer Zeit.

Schwierigkeiten für den Pakt von Rom.

Washington, 11. März.

Nachdem sich aus Washington die ersten befriedigenden Stimmen gegenüber der unter englischer Führung in Rom zustande gekommenen Flietenerklärung zwischen Frankreich und Italien angemeldet hatten, erhebt nun auch die japanische Regierung ihre Stimme und macht Zweifel geltend, die die Einigung dieses römischen Paktes in das Londoner Flietenerklärung einbringen könnten. Japan ist dem von dem vormaligen Außenminister in London erteilten Bericht über die Flietenerklärung gegenüber sehr zurückhaltend geblieben und hat sich nicht an den Flietenerklärung angeschlossen.

Ebenso wie der Präsident der Vereinigten Staaten den Standpunkt vertritt, daß die neuen Abmachungen nicht ratifiziert werden könnten, wenn sie sich nicht ohne jede Nebenbedingung in das Londoner Instrument einfügen ließen, ebenso erhebt man in Tokio Einprüche dagegen, den Pakt von Rom zu einem Teil des Londoner Flietenerklärungs zu machen, und vertritt die Auffassung, daß die in London erteilte Erklärung zu drei für sich stehen und der Pakt von Rom als selbständiges Übereinkommen zwischen den beiden anderen Regierungen daneben bestehen solle. Zum mindesten für eine Ubergangszeit hält man eine Verfilmung der beiden Abkommen nicht für möglich, und zwar sind es in Japan nicht nur formale Bedenken, sondern man weist ausdrücklich auf die Unvereinbarkeit der Londoner Erklärung mit dem Pakt von Rom zu Gunsten Frankreichs hin, die die französische Regierung nicht nur an Unterleuten, sondern vor allem an leichten Streitkräften unterließe, die Japan nicht hinnehmen zu können glaubt. Der schwerere Teil der Aufgabe, die sich die englische Regierung gestellt hat, als sie mit der Reise der Minister Henderson und Alexander die letzten Fragen einen neuen Anstoß gab, bleibt also noch zu bewältigen.

Russische Zukunftsmuff.

Bericht über die Reise der deutschen Industriellen.

Moskau, 11. März.

Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion und der Abordnung deutscher Industrieller sind beide Seiten übereingekommen, folgenden amtlichen Bericht zu veröffentlichen:

„Die Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates und der deutschen Industrieabordnung, die der Befestigung der Schwierigkeiten in den gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen und der Erörterung von Fragen der Erweiterung und Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet waren, haben zu einem beide Seiten befriedigenden Ergebnis geführt.“

Nach beiderseitigen Einverständnissen wurde festgestellt, daß eine mögliche weitgehende Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen die beste Grundlage für die Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen abgeben würde. Es wird insbesondere möglich sein, ständige Lieferungen mit dem Ziele einzuführen, daß jedem einzelnen Unternehmen ein ausreichend breites Betätigungsfeld für seine Geschäftsbeziehungen verliehen wird. Dieser Weg wird die beste Ausführung des Programms sein, das den tatsächlichen Bedürfnissen der Industrie entspricht. Beide Seiten sind zu einem Übereinkommen über die Sicherung der Ausführung weiterer Lieferungen für die Sowjetunion in kürzester Frist mit der Maßgabe gelangt, daß die Aufträge in Deutschland untergebracht werden.“

Die Werte stiegen ja gewiß recht schön, aber nach den Erfahrungen, die wir immer wieder nach Rapallo und Berliner Vertrag mit den Russen machen mußten, ist es gewiß angebracht, in die hoffnungsvollen Verprechungen einige gefundene Zweifelsmomente einzufügen, um allzu große Enttäuschungen zu vermeiden.

Deutsche Tageschau.

Aus Prag ausgewiesen.

Der Vertreter der „Reiziger Reußen Nachrichten“ in Prag, Kornhuber, der als Journalist und Korrespondent auch verschiedene andere reischdeutsche Blätter leitend in Prag tätig war, ist aus der Tschechoslowakei ausgewiesen worden. Die Ausweisung wurde von einigen tschechischen Blättern wegen der offenen Berichterstattung Kornhubers über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei schon seit einiger Zeit gefordert. Kornhuber muß das Land binnen drei Tagen verlassen. Die Ausweisung des reischdeutschen Journalisten erregt beträchtliches Aufsehen.

Der Streit um die Rechte der Reichsbahn.

Wie verlautet, ist auf den 14. März Termin zur Verhandlung vor dem Reichsbahn-Gericht in der Klage Sachkens gegen die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft anberaumt worden. Es handelt sich um die Streitfrage, ob die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft besagt ist, ohne Zustimmung des Bundes Sachkens einen Teil der notwendigen fährlichen Strecken des Reiziger Bezirks in den Eisenbahndirektionsbezirk Halle a. d. Saale einzubeziehen.

Sohnverhandlungen bei der Reichsbahn ergebnislos.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft teilt mit: Die Verhandlungen zwischen Reichsbahn und Gewerkschaften über eine Lohnsenkung wurden fortgesetzt. Da die Gewerkschaften jedes Eingehen auf die Forderungen der Reichsbahn ablehnten und die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne verlangten, haben die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung wird nunmehr die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragen.

Die deutsch-estnischen Entschädigungsverhandlungen.

Der Renewer deutsche Gesandte besuchte den estnischen Außenminister Toomajon, der dem Gesandten die Antwort Entlassung auf eine deutsche Denkschrift in der Frage der Entschädigung der enteigneten reischdeutschen Güterbesitzer in Estland übergab. Von deutscher Seite wurde die Überweisung der ganzen Angelegenheit an ein internationales Schiedsgericht verlangt. Entschädigungsfrage wurde dagegen jetzt angeführt, daß die Verhandlungen der estnischen Regierung mit den enteigneten reischdeutschen Güter-

besitzer nach in der Schmebe seien und daß daher die Angelegenheit für eine schiedsgerichtliche Lösung nicht reif wäre.

Auslands-Rundschau.

Gouverneur der rumänischen Nationalbank entlassen.

Ministerpräsident Mironescu hielt dem König Carol Vortrag über den Stand der französisch-rumänischen Anleiheverhandlungen und den Widerstand, den der Gouverneur der Nationalbank, Barileanu, dem Abfluß entgegensetzt. Der König verfügte daraufhin die Entlassung Barileanus und ernannte den ehemaligen Unterstaatssekretär Angelescu zu seinem Nachfolger. Gleichzeitig erreichte Mironescu beim König die Verlängerung des Tagungsabschlusses des Parlaments.

Was der Suez-Kanal einbringt.

Die britische Regierung will in ihrer Eigenschaft als größter Aktionär der Suez-Kanal-Gesellschaft auf die Herabsetzung der hohen Schiffsabgaben hinwirken, die bei dem Durchfahren des Kanals zu entrichten sind. Die englische Schifffahrt, die zu etwa 60 Prozent am Kanalverkehr beteiligt ist, wendet sich gegen die hohen Dividenden der Suez-Kanal-Gesellschaft. Die Dividenden hätten seit dem Jahre 1925 fast um 300 Prozent betragen und seien im Jahre 1929 sogar auf 530 Prozent gestiegen. Die englische Regierung habe in den letzten 50 Jahren an ihrem Aktienbesitz von vier Millionen Pfund über 35 Millionen Pfund verdient.

Die englische Ausfuhr nach Rußland.

Ein Vertreter des englischen Handelsministeriums erklärte, daß die englische Ausfuhr nach Rußland in den letzten acht Monaten des Jahres 1930 um 2,5 Millionen Pfund zugenommen habe. Während die Ausfuhr Amerikas, das seinen Handelsvertrag mit Rußland habe, in der Zeit vom 1. Mai bis 30. November 1930 um 6 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1929 zurückgegangen sei, sei die englische Ausfuhr nach Rußland in der entsprechenden Zeit um 96 Prozent gestiegen.

Kleine politische Meldungen.

Tagung von Vertretern indischer Familien in London. In London tritt dieser Tage ein internationaler Kongreß von Vertretern indischer Familien zusammen. Aus Deutschland werden zwei Vertreter entsandt.

Regierung Kallio in Finnland? Der Präsident Soibinud hat dem Führer der Landwirtpartei, Kallio, den Auftrag zur Bildung einer Sammelregierung gegeben. Kallio hat sich seine Antwort vorbehalten.

Aus der Umgegend

Nebra, 12. März.

— **Geht die Welt unter?** Wenn heute mittag jemand diese Frage gestellt worden ist, dann ist sie angehtig des heftigen Schneesturms mit Aufgehens und den Worten: „Es hat den Anschein!“ beantwortet worden. Zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags trat plötzlich ein Finsternis ein, das wohl den meisten Leuten unheimlich zumute wurde, dann aber zerrit die finstere Wolkenwand, ein scharfer Wind mit einem heftigen Schneestreiben setzte ein, daß auf der Straße einsehende Menschen rasch im nächsten Hause Schutz suchten. Unheimlich anzusehen war das Bilden des abziehenden Winters. So haben wir seit langen Jahren die Elemente nicht im Kampf gesehen, wie heute. In kaum einer halben Stunde lag die Schneedecke so dicht, daß sie für Schiffsfahrern genügen dürfte. Und bei alledem eine Kälte, wie wir sie in den wirtlichen Wintermonaten nicht gehabt haben. Ja, es ist schon so, alles ist verkehrt: der Frühling ist im Winter und der Winter im Frühling — eine Skalenverreißung ist dringend nötig.

— **Die Handwerkerwoche** wird im Schäbenhaufe einen würdigen Auftakt finden. Am Samstagvormittag wird im Radio die Uebertragung der Eröffnungsfeier der Reichshandwerkswoche im Sitzungssaal des Reichstages in Berlin miterlebt werden können. Alle dort gehaltenen Ansprachen wird die gute Radioanlage im Schäbenhaufe deutlich zu Gehör bringen. — Am Montag, dem 16. März, abends 8 Uhr, wird Herr Musikdirektor Stein mit seinem auf hoher Kunststufe stehenden Orchester das 3. Abonnements-Konzert der Reichshandwerkswoche widmen. Hier wird den Vertretern des hiesigen Handwerks und deren Familien eine willkommene Gelegenheit geben sein, sich zusammenzufinden zu einer schönen, gemächlichen Feierstunde. Das Programm zu dem Konzert ist wiederprechend, es seien nur einige Stücke daraus hervorgehoben: Ouvertüre zur Oper „Der Freischütz“ — Fantasia „Bilbonetta“. Solo für Trompete (Soloist Herr Ehlers) — Walzer „Sietta“ am Garbale — Ouvertüre „Die Fellenmühle“ — Ungarische Tänze von Brahms Nr. 4 und 5 — Konzert-Mazurka „Waldweiser“ — Potpourri a. d. Operette „Schwarzwaldbühnen“. Die Einleitung des Festprogramms wird durch Fanfarenmärsche auf Heroldstrompeten erfolgen. — Ein Tänzchen wird nach dem Konzert ebenfalls ermöglicht sein.

— **Wanderball.** Am kommenden Samstagabend wird in der „Burg“ wohl zum letzten Male in diesem Jahre Gelegenheit geboten, sich in frohe Karnevalsstimmung zu versetzen. Unter dem Motto: „Wanderball“ wird Herr Wäber den diesjährigen Festabend einblühlich beenden. Daß wieder für herrliche Dekoration usw. in der „Burg“ aufs beste gesorgt ist, braucht wohl nicht erst besonders erwähnt zu werden, denn jeder weiß, daß dort alles klappert. Verheißungswort: Ueberall gehen für die Teilnehmer an diesem fröhlichen Abend fleißig besorgt, hohe und höchste Gäste haben sich angemeldet, sie werden in freigestelltem Inbegriff unter den Gästen sich bewegen, es ist sogar wahrscheinlich, daß der langst wirkende, in Nebra so gern wohnende Seeheld Graf Ludner rechtzeitig herankommt. Auf alle Fälle aber darf angekündigt werden, daß auf dem Wanderball in der „Burg“ am Samstagabend eine lange weite Reise geben wird.

— **Politische Versammlung.** Die N.S.D.A.P. hatte für Montagabend eine öffentliche Volksversammlung nach dem Schäbenhaufe einberufen. Dem Umstand, daß die Versammlung erst wenige Stunden vorher bekanntgegeben worden war, darf man wohl die Schuld beimessen, daß der Besuch nur mäßig war, auch mag wohl darüber jeder englische Bürger zusehe gelieben sein in der Annahme, es wäre zu Zusammenstößen mit gemäßigten Parteien kommen. Der Referent selbst war über den schwachen Besuch überrascht und belegte die Zuhörer geliebten mit dem Namen „Spießbürger“. Die anwesenden etwa 100 Zuhörer lauschten den Ausführungen des Vortragenden eifrig zu. Er verurteilte die Zuhörer nach Möglichkeit aufzurichten und bezeichnete das Jahr 1931 als Entscheidungsjahr, das den Endkampf zwischen Marxismus-Volkseigenismus und dem Nationalsozialismus bringen wird.

Des weitern legte er dar, daß die Schaffung eines Volksheeres, Einführung einer Arbeitspflicht die Jugend wie in richtige Erziehung erhalten und damit die Arbeitslosigkeit beseitigt werden wird, außerdem aber dem Staate mensliche Werte geschaffen werden können. Schließlich führte er die Anwender an die Umstände auf, die der Rechtsopposition den Auszug aus dem Reichstag nahegelegt haben. Eine Vormeldung zur Disziplin erfolgte nicht und der Referent benutzte das Schlusswort zu einer intensiven Werbung für seine Partei.

— **Landwirtschaftlicher Verein Steigro.** Am Sonntag „Zur Anbruchbahn“ in Garsdorf fand am 4. März die zweite Jahresversammlung statt, die sog. „Frühjahrsversammlung“. Der Vereinsreferent Herr von Hellborn-Baumers begrüßte die Vereinsmitglieder und leitete im Anschluß zum ersten Punkt der Tagesordnung: Auszeichnung von langjährigen Dienern und Arbeitern, über. Die hier zu angemessenen Jubiläen waren sämtlich anwesend und der Vorsitzende richtete eine kurze Ansprache an sie, die etwa wie folgt lautete: Wenn das Gelingen der Arbeitslosigkeit in unserm Vaterland immer größer wird, da freut es uns besonders, wenn wir wieder eine Anzahl langjähriger treuer Arbeiter vor uns sehen. Wir freuen uns, daß es uns möglich war, ob Sommer oder Winter, Sie weiter zu beschäftigen. Nach Uebermittlung der Glückwünsche des Vereins und der Landwirtschaftskammer Halle überreichte er die Auszeichnung folgenden Arbeitern:

- 1) Friedrich Hildebrandt, Schafmeister bei von Hellborn-Nebra, 25 Jahr, Ehrenrunde;
- 2) Otto Güter, Geschäftsführer bei von Hellborn-Nebra, 43 Jahr, Silberne Medaille;
- 3) August Kothke, Geschäftsführer, bei von Hellborn, 35 Jahr, bronzene Medaille;
- 4) Karl Rothmann, landw. Arbeiter bei von Hellborn-Baumers, 34 Jahr, bronzene Medaille;
- 5) Emma Gaterburg, landw. Arbeiterin, bei Alb. Zettenborn-Jüdenburg, 25 Jahr, Ehrenrunde;
- 6) Albert Gaterburg, Geschäftsführer bei Alb. Zettenborn-Jüdenburg, 25 Jahr, Ehrenrunde;
- 7) Wilhelm Kämpfer, landw. Arbeiter, bei von Hellborn-Baumers, 20 Jahr, Ehrenrunde;
- 8) Herrn. Stammipf, landw. Arbeiter, Wirt bei von Hellborn-Nebra, 25 Jahr, Ehrenrunde;
- 9) Kurt Wolf, Geschäftsführer, bei Emil Zwickel-Kleinheim, 8 Jahr, Ehrenrunde;
- 10) Otto Ronneburg, Geschäftsführer, bei W. Kothke-Albersroda, 5 Jahr, Ehrenrunde.

Jeder Ausgezeichnete erhielt dazu noch ein Geldgeschenk von seinem Dienstherren überreicht. — In diesen feierlichen Akt schloß sich die auf der Tagesordnung stehenden belehrenden Vorträge, die recht beachtenswerte Winke für den Landwirt brachten über Steuerfragen, Rentabilität der Pferde, Windböden und Schweinegucht. — Der Ausschuß in die Zukunft fandete zu nächst nach ein weiteres Vorgehen der Konjunktur an, dann aber wurde eine bessere Zeit angestrebt. — Der Vereinsreferent dankte den Referenten für die interessanten Vorträge und teilte mit, daß der Verein in diesem Jahre anstelle der Befestigung der Landwirtschaftlichen Berufsstände Landwirt gemindert die Tierzucht in Naumburg besuchen werde. — Die Tagesordnung war erledigt und mit einer Schlußansprache wurde die Versammlung geschlossen.

— Wer steht hinter der „Vereinigung zur Hebung des Zuderbrauchs?“

Von einem Leiter wird uns geschrieben: Bekannt sind die Verfechtungen des Vereins der Deutschen Zuder-Industrie, das Publikum über den großen Wert des Zuders als Nahrungsmittel aufzuklären und so den deutschen Zuderverbrauch, der nur halb so groß ist, wie in verschiedenen anderen großen Ländern, zu heben. Früher bestand in Berlin, und zwar bis zum Jahre 1928, eine von den deutschen Zuderfabriken unterfährte „Vereinigung zur Hebung des Zuderbrauchs und des Ribbenbaues“, der außer Zuderinteressen eine große Anzahl Ribben bauender Landwirte als zahlende Mitglieder angehörten. Nach dem Tode des Herrn von Campe, der diese Vereinigung als Geschäftsführer geleitet hatte, ist sie auf Grund einer Verständigung, die zwischen ihrem Vorstand und dem Verein der Deutschen Zuder-Industrie getroffen wurde, aufgelöst und in dem Vereinsregister gelöscht worden. Ihr geringes Vermögen ist auf die Propagandaabteilung des Vereins der Deutschen Zuder-Industrie übergegangen. Die rührige Tätigkeit der Propagandaabteilung des Vereins, die mit Plakaten, Broschüren, Zeitungsausschnitten, Filmen, Vorträgen usw. in großem Ausmaß arbeitet, hat nun eine einwilligen im Dunkel geliebene Persönlichkeit angezogen, hieraus für sich ein Privatgeschäft und angehend ein recht gutes zu machen. Ribben bauende Landwirte und sonstige an Zuder interessierte Personen, die der aufgelösten Vereinigung angehört hatten, erhielten von einer neu gegründeten „Vereinigung zur Hebung des Zuderbrauchs“ Aufforderung zum Beitritt und selbstverständlich zur umgehenden Beitragszahlung. Eine Nachfrage beim Verein der Deutschen Zuder-Industrie hat ergeben, daß die neu gegründete und Beiträge sammelnde Vereinigung zur Hebung des Zuderbrauchs in keinerlei Verbindung mit dem Verein der Deutschen Zuder-Industrie oder dem Ribbenbau-Interessen landwirtschaftlichen Organisations steht. Dem Verein ist auch von irgendwelcher politischen Tätigkeit der neugegründeten Vereinigung im Sinne einer Hebung des Zuderbrauchs gar nichts bekannt geworden. Sie scheint sich also lediglich auf Beitragsammlung zu beschränken. In der Tagespresse hat der Verein der Deutschen Zuder-Industrie bereits öffentlich gemauert. Deshalb, Landwirte und Zuderinteressenten: Vorsicht! Folgen zu!

— **Nobelen.** Gestern in der Mittagsstunde kam der Landwirt Stuchsbach jun. aus Ulstedt in der Bahnhofsstraße mit seinem Fahrrad zu Fall. Er stieg dabei mit dem Kopf auf das Steinpflaster auf und erlitt dabei eine heftige blutende Wunde an der Stirn. Der Sanitäter Herr Seeheld legte dem Verletzten einen Verband an und erst nach einer etwa zwei Stunden sich in der Wohnung des Herrn Frey erholte hatte, konnte er dem Nachhauseweg antreten.

— **Verstorben ist** am Montagabend im Kranenlaube in Quersdorf durch Sturz mit dem Motorrad am Morgen des gleichen Tages verunglückte 24jährige Landwirt-

John Richard Schwerdt aus Jiegeltoda. Den Hinterbliebenen des Verunglückten wendet sich die innigste Teilnahme der Bewohner des Seimadorfes und aller, die ihn kannten, zu. Welche Umstände den Sturz herbeigeführt haben, hat sich noch nicht feststellen lassen, weil das ebenfalls verletzte, mitfahrende Mädchen noch nicht ferner identifiziert ist, doch ist es einwandfrei den Hergang sichergestellt. Das Unglück hat sich übrigens nicht, wie in voriger Nummer angegeben, auf der Straße im Walde ereignet, sondern außerhalb des Waldes, in der Nähe der Kohleber Wasserleitungsanlage, also auf glatter Straße. Es ist weiter der erwähnte Kellner Herr Erfurt nicht nach Jiegeltoda zurückgegangen, sondern mit dem von ihm mitgeführten Fahrrad nach Kiehlberg gefahren, um ärztliche Hilfe zu requirieren. Diese ist auch bald zur Stelle gewesen.

Freuburg. Am Wehr der heiligen Holzschleiferei Schwemte eine männliche Leiche an; sie war vollständig mit Sägen besetzt, und man fand bei ihr Uhr, Geldbörse mit Inhalt und ein Schriftstück. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen seit Wochen vermissten Postbeamten aus Biberach handelt.

Kannawurf. Die Mitteldeutsche Seimfäule läßt in diesem Jahre 3 Landarbeiternachrichten in unserer Gemeinde erteilen. Die Bauarbeiten wurden der Rittelbrüder Bauunternehmung übertragen.

Halle. Die Flederlei des Allgemeinen Konsumvereins Halle und Umgebung soll für 750000 Mark an eine Privatgesellschaft verkauft werden. Der V.V. wird sich verpflichten, von dieser Privatgesellschaft seine Fleder- und Wollwaren weiter zu beziehen.

Rahla. Am Montagmorgen 16 Uhr kam der Kraftwagen des Kaufmanns Drilupp von hier auf der verlassenen Straße zwischen Sammelshain und Trodenborn bei den „Drei Wäldern“ in Schleudern und kippte um. Dabei erlitt der mitfahrende bekannte Rahlener Fußballspieler Karl Jentgraf einen Schädelbruch während Kaufmann Drilupp nur ein Bein unversehrt blieb. Der Jentgraf verlegte Jentgraf ist auf dem Transport nach Sammelshain gestorben. Mit Jentgraf verlor der S.V. Rahla einen seiner talentiertesten Spieler, der nicht nur in seiner Vaterstadt sondern im gesamten Gaugebiet bekannt war.

Ringleben (Kraiffhäuser). Tabakbau in Ulmstr. Der schon früher betriebene Tabakbau soll in diesem Jahre in der heiligen Gegend wieder aufgenommen werden. Zwanzig Morgen Land werden von einer Tabakfabrik bebaut, während der Umfang des Anbaues einer zweiten Firma noch nicht bekannt ist.

Nordhausen. Kinderaustausch nach Norwegen. In diesem Jahre findet wieder ein Schüleraustausch zwischen Deutschland und den nördlichen Staaten statt. Für das Gausgebiet und für Nordhausen gilt als Austauschland nur Norwegen. Es ist für Nordhäuser Schüler ein vierwöchiger Aufenthalt in Norwegen vorgesehen. Umgekehrt kommen norwegische Schüler zu einem vierwöchigen Besuch nach Nordhausen. Die Austausch-Verhandlungen und auch die Durchführung des Austausches stehen unter Leitung des Pflugschulverbandes.

Nordhausen. Die Nach- des Oberfeldwandners Ein Aufsehen erregender Vorfall trug sich am heiligen Gausnam zu. Der 17 Jahre alte Oberfeldwandner Hans P. zog plötzlich während des Unterrichts einen Revolver, um auf den Lehrer zu schießen, weil er seiner Beurlaubung nicht sicher war. Der Schuß ging vorzeitig los und traf ihn selbst ins Bein. Die Unternehmung ist im Gange.

Großbodungen. Sägewerk eingedöhrt. Ein Schandfeuer überfiel nachts das Sägewerk der Gebrüder L. an G. vollkommen ein. Große Holzparcels wurden ein Raub der Flammen. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt.

Coswig. Schwaffer behindert den Ebd. Die Arbeiten am Ebd. sind durch die Schwaffer behindert. Die Geräte sind unter Wasser gesetzt. Es ist für Nordhäuser Schüler ein vierwöchiger Aufenthalt in Norwegen vorgesehen. Umgekehrt kommen norwegische Schüler zu einem vierwöchigen Besuch nach Nordhausen. Die Austausch-Verhandlungen und auch die Durchführung des Austausches stehen unter Leitung des Pflugschulverbandes.

Greppin. Der Staatskommissar. Die Gemeindevorstellung hat kürzlich die Verordnungen der Kreisverwaltung angelehnt. Daraufhin hat sich der Landrat veranlaßt gesehen, einen Staatskommissar für Greppin einzusetzen.

Glöße (St. Calix). Feuergefahr mit Wild. Die Wilderer im Gebiet der Glöße sind in der heiligen Gegend ein nachteiliges Element, wobei sie in der Nähe der dem Rittergutbesitzer Köhne-Glöße gehörenden Feldscheune mehrere verheerende Befallen erlitten, die auch sofort das Feuer auf die Scheunen eröffneten, das von dieser erwidert wurde. Darauf flüchteten die Wilderer und konnten, trotzdem das Gelände sofort abgejagt wurde, nicht mehr gefasst werden.

Afen. Selbstmordverbot eines Schützen. Der zehn Jahre alte Sohn des Schützen L. betrat sich vor eben in voller Fahrt befindlichen Zug. Den Lokomotivführer war es nicht mehr möglich, den Zug rechtzeitig zum Halten zu bringen. Der Knabe wurde im Kopf und an der Schulter sehr schwer verletzt, so daß seine Einlieferung ins Dessauer Krankenhaus notwendig wurde.

Der Arbeitsmarkt in Mitteldeutschland Leichtere Besserung in den Arbeitsverhältnissen. — Aber immer noch 458 000 Erwerbslose.

Der Präsident des Landesarbeitsamts Mitteldeutschland teilt mit: Der Anstieg der Zahl der Arbeitsuchenden ist im Landesarbeitsamtbezirk Mitteldeutschland in der zweiten Hälfte des Monats Februar zum Stillstand gekommen.

Wenn diese Besserungsercheinung noch nicht zahlenmäßig in der Gesamtzahl der Arbeitsuchenden zum Ausdruck kommt, so ist dies auf den Neuzugang von rund 1300 Frauen und Mädchen zurückzuführen, die sich regelmäßig zum Frühjahr den Arbeitsämtern für landwirtschaftliche Arbeiten zur Verfügung stellen.

Einen geringen Zugang an Arbeitsuchenden hatte die chemische Industrie, die Metallindustrie und das Metallgewerbe zu verzeichnen.

Während am 15. Februar 458 085 Arbeitsuchende den mitteldeutschen Arbeitsmarkt besaßen, wurden am 28. Februar 458 141 Personen gezählt.

19 000 Arbeitslose weniger

Berlin, 11. März.

Ende Februar hat nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 28. Februar dieses Jahres (insgesamt 13 Tage) der Arbeitslosenstand wie die der Hauptunterstützungspflanzler in der Arbeitslosenversicherung etwas abgenommen. Nur die Zahl der Krisenunterstützten ist noch gestiegen, doch langamer als im Vormonat. Die Fälligkeit vom 28. Februar ergab, daß von den bei den Arbeitsämtern eingereichten verfügbaren Arbeitskräften und 4 972 000 arbeitslos waren, das heißt 19 000 weniger als am 15. Februar. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurde Ende Februar 2 588 000 aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, rund 908 000 aus denen der Krisenunterstützung, die Entlastung der Arbeitslosenversicherung gegenüber dem letzten Stichtag betrug sich auf annähernd 13 000, die Mehrbelastung in der Krisenunterstützung auf rund 10 000 Hauptunterstützungsempfänger. In den beiden vorübergehenden Unterhaltungsrichtungen wurden mit Ende Februar rund 3,5 Millionen Arbeitslose betreut.

Ende der „Kreuzzeitung“

Berlin, 11. März.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfahren haben will, wird die „Kreuzzeitung“, das älteste Berliner Blatt der Weichen das seit im 33. Bestehen besteht, am 1. Juli dieses Jahres ihr Erscheinen einstellen. Zu diesem Termin ist dem genannten Blatt zufolge sämtlichen Redakteuren und Mitarbeitern mit der Begründung gekündigt worden, daß weitere Verlagsmittel zur Durchführung des Unternehmens nicht mehr vorhanden seien. Verträge, das Blatt durch Druckgemeinschaft mit einem anderen Verlagsblatt, aber ohne eigenen Redaktions, zu erhalten, seien noch Gegenstand des Verhandlungen.

Neues aus aller Welt.

Selbstmord eines Krankentrassenbanden. Der 33-jährige Rentner Gerhard Coenen, der 11. Meilen Ostfriesland in Wodorf (Reg.-Bez. Vechta) wurde auf der Manfabe des Krankentrassen-Gebäudes an einem Dachboden hängen aufgehängt. Die Bänder Coenens wurden von einem Prüfungsbeamten des Versicherungsamtes Bremen durchgehoben. Nachdem er dem Prüfungsbeamten alle Bänder vorgelegt habe, entfernte er sich dann aus dem Geschäftsräumen. Der Grund zur Tat ist noch unbekannt, da bisher keine Unterhaltungen festgestellt worden sind. Coenen ist verheiratet und genöß großes Ansehen in der Gemeinde.

Schweres Autounglück. Ein schweres Autounglück ereignete sich auf der Subeltraier Chaussee. Mit vier Personen besetzter Personentransportwagen, der in Richtung D. fuhr, geriet beim Ausweichen ins Schleudern und fuhr gegen einen Baum. Der Anprall war so heftig, daß der Fahrer sofort getötet wurde. Ein anderer Insasse wurde leicht verletzt, während der dritte Insasse und der Chauffeur wie durch ein Wunder mit dem Schreden davontamen. Der Wagen wurde fast völlig zermürdet. Nach Angabe des Führers des verunglückten Wagens soll der entgegenkommende Lastkraftwagen nicht abgebogen haben.

Erdstöße in Neuseeland. In dem Erdbebengebiet von Napier (Neuseeland) wurde im neuen Jahre ein heftiges Erdbeben verzeichnet. Es ist dies der dritte seit dem großen Erdbeben im vergangenen Monat. Eine Reihe von Mauerüberfällen sind eingestürzt. Die Bewohner nahmen den Erdstoß gelassen hin und lassen sich nicht davon abhalten, in ihre Heimat zurückzukehren.

Auf Mauritius 10 000 Menschen obdachlos. Durch den Zyklon auf der Insel Mauritius sind über 10 000 Menschen obdachlos geworden. Trotz aller Bemühungen der Behörden sind viele von ihnen noch nicht hinreichend mit Nahrungsmitteln und Kleidung versorgt. Die Unterbringung bereitet gleichfalls große Schwierigkeiten.

Beim Abbringen von der Straßbahn tödlich verunglückt. Die Scheinbar unaustrifbare Unfälle, vom abfahren Straßenbahnwagen abzurufen, hat wieder einmal ein Todesopfer gefordert. Auf dem Spittelmarkt in Berlin kam der 60jährige Kaufmann Rudolph Bündel aus der Köpenicker Straße beim Abbringen von einem Straßenbahnwagen der Linie 174 zu Fall und geriet unter die Räder. Er erlitt schwere Kopf- und Brustverletzungen, an denen er kurze Zeit darauf verstarb.

Die Hamburger Dampfer „Hüter“ und „Cremon“ wieder in offenerm Wasser. Wie berichtet, waren die Hamburger Dampfer „Hüter“ und „Cremon“ Ende der vorigen Woche im Finnischen Meerbusen bei Sturm und Eis gezwungen worden, stillzuliegen. Nachdem der Sturm nachgelassen hat, ist es den Dampfern gelungen, im Kielwasser des sie begleitenden Eisbrechers wieder das offene Wasser zu erreichen.

Mitte Süntze für einen Ueberfall auf Deutsche im Korridor. Im Juli u. A. wurden von einem Deutschenhasser namens Kubit und einigen polnischen Eisenbahnarbeitern zwei deutsche Bürger, namens Benz und Wolf, überfallen und niedergeschlagen. Benz erlitt schwere Verletzungen und schwebte lange Zeit in Todesgefahr. Seit verurteilt das polnische Gericht in Konig die Haupttäter, den Beamten Kubit sowie einen Eisenbahner namens Komal, zu je zwei Monaten Gefängnis. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt, mit der Begründung, daß die Tat aus „Nationalgefühl“ begangen worden sei.

Furchtbare Familientragödie. Auf schreckliche Weise verurteilte ein Grubenarbeiter in einem kleinen Dorf in der Nähe von Gasp bei Paris, seine Frau, seine neun Kinder und sich selbst zu töten. In den frühen Morgenstunden vernahm die Bewohner des Hauses plötzlich eine starke Explosion und begaben sich in die Wohnung des Grubenarbeiters. Im Schlafzimmer fanden sie den 40jährigen Mann neben dem Bett auf dem Fußboden liegend. Ein Arm und ihm vom Körper getrennt und ein Auge ausgefallen seine Frau, die ebenfalls selbstmörderische Verletzungen erlitten hatte, und zwei seiner Kinder kämpften mit dem Tode. Nach Feststellungen der Polizei hat der Arbeiter absichtlich eine Dynamitpatrone zur Entzündung gebracht, um sich und seine Familie zu töten.

Neue Erdstöße in Griechisch-Mazedonien

Belgrad, 11. März.

Aus Griechisch-Mazedonien wird gemeldet, daß dort neue Erdstöße große Verheerungen angerichtet haben. In Dojan stürzte die Kirche ein. In Kilkissa wurden 70 Häuser vollkommen zerstört.

Die Bahnhofgebäude auf der Eisenbahnstrecke nach Saloniki wurden beschädigt. In Saloniki entzündet unter der Bevölkerung wieder große Panik. Das Erdbeben hat aber dort keine schwereren Folgen gehabt.

Die Lage im südböhmischen Erdbebengebiet.

Die Zahl der Todesopfer im Erdbebengebiet in Südböhmen hat keine Änderung erfahren. Eingebürgerte Mitteilungen können erst in einigen Tagen erfolgen. Wie bereits berichtet, hat sich der Staat entschlossen, den gesamten Schaden zu erlegen. Aus diesem Grunde werden im Ausland keine Sammlungen veranstaltet, und es werden auch keine Spenden aus dem Ausland entgegengenommen. Wie hoch die Summe sein wird, die die Regierung zur Verfügung stellen wird, läßt sich noch nicht abschätzen. Neben ungefähr 1000 Privatbürgern fast alle Schulen, Kaserne, Eisenbahn- und Poststationen sowie Brücken im Barbad-Tal zerstört oder unbrauchbar geworden.

In Eis und Schnee.

Ver-sicherung der Eisverhältnisse in der Oeffe.

Die Eisverhältnisse an der schwedischen Küste haben sich erheblich verschlechtert. Bei Sandhamn ist der russische Dampfer „Proletari“, bei Dalard der englische Dampfer „Solma“ gesunken. Alle Rettungsversuche, den schwedischen Dampfer „Draughting Sofia“ zu befreien, sind mißglückt. Das anhaltende Winterwetter hat in den baltischen Küstengewässern zunehmende Schwierigkeiten für die Schifffahrt zur Folge.

Eisbrecher bemühen sich, die Fahrtrassen offen zu halten. Verschied. Eisfänger sind im Einsatz. Der Eisbahnverkehr ist durch starke Schneefälle in Mitleidenhaft gezogen. Auf den Inseln Holland und Fäster blieben einige Züge in 1/2 Meter hohen Schneehaufen stecken.

Starke Schneeverwehungen in Polen.

In Dzialgizyn und im Nordosten Polens herrichten starke Schneeverwehungen, wodurch vielfach Verkehrsstörungen eingetreten sind. Desgleichen sind mehrere Telefonverbindungen gestört worden. Sämtliche Züge aus Dzialgizyn und Kumanien sind mit beträchtlichen Verspätungen in Warschau angekommen.

Schneekatastrophe in der Schweiz.

In der ganzen Talebene dieses des St. Gotthard hat die Schneefall unermindert an. Die Verkehrsverhältnisse in den Städten werden immer kritischer. In der Inner-schweiz sind zahlreiche an Bergabhängen stehende Häuser durch den gewaltigen Schneeeindruck gefährdet. Alle Züge, auch die internationalen, haben bis zu zwei Stunden Verspätung. Abfahrende Schneemaschinen warfen die Lokomotive des um 17 Uhr eintreffenden Zürcher Personenzuges aus den Schienen. Der Zersetz ist mehrwöchigerweise schmerzhaft.

Die Ueberbesetzungsgesetze in Paris.

Die Wälder der Seine und vor allem der Marne sind in den letzten 48 Stunden weiter gestiegen. Dies ist besonders darauf zurückzuführen, daß in den westlichen Provinzen Frankreichs immer noch heftige Schneefälle zu verzeichnen waren und die Nebenflüsse starke Wasserfluten mit sich führen. In Paris mußte der Anvalden-Bahnhof wieder einmal gesperrt werden. Die Züge werden auf den Bahnhof St. Lazare umgeleitet. In der näheren und weiteren Umgebung von Paris ist die Lage nach wie vor trübselig. Breite Strecken Landes stehen vollkommen unter Wasser, und einzelne Gehöfte sind von der Außenwelt abgetrennt.

London in Schnee gefüllt.

Zum ersten Male seit vielen Jahren haben die Londoner wieder einen Schneefall erlebt, der vom frühen Morgen bis in die Mittagsstunden unaufhörlich andauerte. Dugend von Straßen wurden auf den schlüpfrig gewordenen Straßen. Der Omnibusverkehr mußte verlangsamt und teilweise umgelegt werden, was zu größeren Störungen führte. Die Straßen nach Southend wurden bereits vom Schnee überdeckt, daß der Verkehr nur mit der Eisenbahn möglich war. Auch aus Yorkshire, Durham und anderen Teilen des Landes werden schwere Schneefälle gemeldet, die stellenweise in wenigen Stunden eine Höhe von zehn Zentimetern erreichten. Die vergangene Nacht war die kälteste, die London seit 1917 im März erlebt hat.

Aus ganz England und Schottland werden starke Schneeverwehungen gemeldet, die in den nördlichen Teilen des Landes ganz besonders ernst sind und zu zahlreichen Verkehrsstörungen geführt haben. Es werden acht Todesfälle berichtet, die teils direkt auf die Kälte, teils auf sonstige Unglücksfälle in Verbindung mit dem Frost zurückzuführen sind.

Schwere Schneefälle in Kanada.

Ottawa und Zentral-Kanada erlebten in diesen Tagen den schwersten Schneesturm dieses Winters. Es ist furchtbar Schnee in den Straßen gefallen, wie im ganzen Monat März des vorigen Jahres. Der heftige Wind hat Schneehaufen in Höhe von drei bis vier Metern erzeugt, die quer über die Straße verlaufen und den Verkehr so gut wie unmöglich machen.



Zum 150. Geburtstag Schinels.

Das Staatliche Schauspielhaus am Denkmarmarkt in Berlin, das eines der bedeutendsten Werke des berühmten Baumeisters ist.

Alle Hausfrauen, die sparsam wirtschaften und doch zu freudigen Gesichter am Familientische sehen wollen, seien darauf aufmerksam gemacht, daß schon wenige Tropfen der altbekannten Maggi-Würze hinreicht, um auch den mit bescheidenen Mitteln hergerichteten Speisen köstlichen Wohlgeschmack zu geben. Solch gute Zutaten macht Maggi's Würze unentbehrlich.

Freitagsgewerbe gefordert

Berlin, 11. März.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Einführung der freitaglichen Arbeitswoche.

In der Resolution heißt es u. a.: Der Bundesausschuss erntet die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Einführung auf dem Arbeitsmarkt eine dauernde Verbesserung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitslosigkeit nicht bei besserer Konjunktur auf alle Arbeitsträger gerecht zu verteilen. Aus diesem Grunde erhebt der Bundesausschuss förmlich Protest dagegen, daß Schiedsprüger gefällt und durchgeführt werden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben. Umso eindringlicher muß die Forderung wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt.

In einer weiteren Entschließung zur Lohnfrage heißt es u. a.: Statt der in Aussicht gestellten Belebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Rauffahrt-Belebung erheblich weitergeleitet. Die Forderung der Gewerkschaften nach der Einhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Arbeitnehmer und Geschäftler stehen unmittelbar und reiflos in den Konsumärtern und bilden einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens. Der Bundesausschuss fordert daher sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmerium der Schutz zu gewähren, den andere weniger Gefährdete für sich in Anspruch nehmen.

Wer macht das Rennen?

Um den neuen Berliner Oberbürgermeisterposten.

Berlin, 10. März.

Der Ausschuss zur Wahl des neuen Berliner Oberbürgermeisters wird binnen einer Woche nach der Veröffentlichung des Landtages, wahrscheinlich aber noch in derselben Woche, also bis zum 21. März, zusammentreten und mit den für die engere Wahl in Betracht kommenden Persönlichkeiten Rücksprache nehmen, um der Stadtverordnetenversammlung einen oder mehrere Namen zur Wahl vorzuschlagen.

Der Berliner Oberbürgermeister werden wird, läßt sich auch heute noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen. Die Sozialdemokratie hat den Monner Oberbürgermeister Franke aufgestellt, der aber lediglich aus seiner Partei gestützt und von allen übrigen Parteien abgelehnt wird. Die meisten Ausschüsse bestehen gegenwärtig für den Kandidaten

den des Deutschen Städtetages, Dr. Müser. Es wird sehr kurzum aber auch von einer Kandidatur des ehemaligen Führers der Demokratischen Partei, des Reichsministers a. D. Koch-Weser, gesprochen. Sollte Koch-Weser tatsächlich sich ernsthaft um den Berliner Oberbürgermeisterposten bewerben, so würde die Entscheidung bis zum letzten Augenblick unentschieden sein, da die Sozialdemokraten, wenn sie ihren eigenen Kandidaten nicht durchsetzen können, wahrscheinlich für Koch-Weser eintreten würden.

Wesentlich beeinflusst wird die schließliche Entscheidung auch noch dadurch, daß möglicherweise Bürgermeister Scholz, der seit langem kranke ist und der seit einisch Jahren, nämlich seit der Amerikareise des früheren Oberbürgermeisters Börs, die Bürgermeisterkandidatur allein führt und stark überlastet ist, sein Amt niederlegt.

Es wären dann zu wählen entweder der Oberbürgermeister und ein Rämmerer oder beide Bürgermeister, je nachdem, ob einer der Stadträte zweiter Bürgermeister oder Rämmerer wird. Die Entscheidung über die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens würde dadurch aufs neue erschwert.

Das landwirtschaftliche Hochschulfwesen Ausbildungsanstalten und Wissensgebiet.

Der jetzt dem Reichstag vorliegende Bericht des Enquete-Ausschusses gibt einen interessanten Einblick in das landwirtschaftliche Hochschulfwesen. Gegenwärtig sind in Deutschland 13 akademische Ausbildungsanstalten für Landwirte vorhanden, und zwar 4 landwirtschaftliche Hochschulen in Berlin, Bonn-Poppelsdorf, Hohenheim und Weihenstephan, ferner 8 landwirtschaftliche Universitätsinstitute in Königsberg, Breslau, Halle, Göttingen, Kiel, Leipzig, Jena und Gießen; hinzu kommt noch die landwirtschaftliche Abteilung der Technischen Hochschule in München. Die meisten Studierenden haben Berlin, Halle und Leipzig aufzuweisen. Das in der Studienzeit zu benutzende Wissensgebiet ist im Laufe der Zeit immer größer geworden. Zu den Grundwissenschaften rechnen Chemie, Physik, Mineralogie, Geologie, Zoologie, Botanik sowie Anatomie und Physiologie der Haustiere und außerdem die Volkswirtschaftslehre.

Selbstbehauptung des Handwerks.

Sechs Millionen Berufsangehörige.

Berlin, 11. März.

Die Bedeutung des handwerklichen Mittelstandes wird sowohl zahlenmäßig als auch in seinen Auswirkungen auf die deutsche Gesamtwirtschaft häufig stark unterschätzt. Nach dem Ergebnis der sogenannten Handwerks-Enquete wird der zahlenmäßige Bestand der Handwerkswirtschaft auf rund

1,8 Millionen Betriebe mit etwa 3,7 Millionen Beschäftigten geschätzt. Außerdem aber sind allein in der Industrie 2 Millionen Handwerker beschäftigt. Wenn man die selbständigen Handwerker sowie die in der Industrie, der Landwirtschaft und in den Regiebetrieben beschäftigten Handwerker zusammenrechnet, kommt man auf etwa 6 Millionen Berufsangehörige, während die Zahl aller Erwerbsfähigen in Deutschland etwa 32 Millionen ausmacht.

Das Handwerk ist bei der allgemeinen Notlage besonders dadurch in Mitleidenschaft gezogen, daß die große Masse des deutschen Volkes genötigt ist, in erster Linie auf die Billigkeit der Erzeugnisse zu sehen, während der deutsche Handwerker gewohnt ist, Qualitätsarbeit zu liefern und gutes Material zu verwenden, dafür aber auch eine größere Haltbarkeit zu garantieren.

Durch die Inflation ist dem selbständigen Handwerk das Betriebskapital verloren gegangen. Steuern und soziale Lasten bedrücken ihn heute in besonders hohem Maße. Trotzdem zeigt sich gerade beim Handwerk der unbeeugliche Wille zur Selbstbehauptung, der vor allem seinen Ausdruck darin findet, daß etwa eine Million selbständiger Handwerker in Anlehnung zusammengefaßt sind und daß die gewerblichen Kreditinstituten sich steigenden Anliegens erfreuen.

Offseejahr 1931.

Ein Preisempfang zu seiner Förderung.

Berlin, 11. März.

Zur Einführung des von einem internationalen Ausschuss der deutschen und einer Reihe handnautischer Offseehäute, der deutschen Offseehäute und der Verkehrsorganisationen der Länder um die Offsee vorbereiteten Offseejahres 1931 hatten der Ausschuss und der Reichsverband der Deutschen Presse in das Haus der Presse eingeladen. In a waren erschienen der dänische Botschafter, die Botschafter von Mecklenburg und Lübeck, Vertreter der Schwebelichen und finnischen Botschaft, Reichspräsident Dr. Brüning, die Oberbürgermeister von Stensburg, Kiel, Rostock und Joppo, Dr. Lischke von Turfvereinigungen für Danmark, Kopenhagen, und bekannte Persönlichkeiten aus der Verwaltung der Offseehäute. Vertreter der Verkehrsorganisationen, der deutschen und der ausländischen Presse. Herr G. Richter begrüßte die Gäste und wies auf die Bedeutung der Presse für die Förderung internationaler Annäherung des Offseeverkehrs und des gegenseitigen kulturellen Austausches hin.

Es sei eine Angelegenheit der Verkehrsorganisation und Verkehrsverbände und solle die Offsee unter eine einheitliche Verkehrspolitik stellen, zugleich aber auch dem großen Publikum die Erkenntnis nahebringen, daß die Offsee eines der vielseitigsten und wichtigsten Reise- und Erholungsgebiete in ganz Europa sei. Es sprachen dann noch die Vertreter der verschiedenen Offseehäute jeweils für ihre Stadt.

Hotel zur Burg

Als Karneval-Abchluss-Veranstaltung findet am Sonntag

Großer Manöverball statt.

Zur Eröffnung der Reichs-Handwerks-Werbewoche

findet am Montag, dem 16. März

abends 8 Uhr im

Schützenhaus ein

Großes Symphonie-Konzert

(3. Abonnements-Konzert) statt.

Zur Einleitung des Programms die althistorischen Fanfarenmärsche: „Hie gut Brandenburg!“ und Kreuzritter-Fanfaren

auf Heroldstropeten!!!

Dem Konzert schließt sich ein

Deutscher Tanzabend

mit Kompositionen von Strauss, Waldteufel usw. an.

Es laden freundlich ein

R. Janda.

K. Stein.

WOCHE Gas-Sondernummer



Gas! Die Gefahr für Deutschland

Die Woche öffnet allen die Augen

Mitwirkende: v. Seckert, Baumelburg, Dominik, Gehrmann, Prof. Dr. Ströhm, Dr. Hansmann, u. a. Das Gas-Sonderheft ist für 50 Pf. überall zu haben.

Vaterl. Frauenverein

Donnerstag, den 12. März
abends 8 Uhr

Monats-Versammlung

im Gasthaus zur Gorge
(fr. Berufsheim).

Balkan-Bohnenwachs, Farb-Bohnenwachs, Kijisches Bohnenwachs, Topf-Vollmilch, Karmeliter-Schokolade, alles pro Pfund brutto für netto 95 Pfg. in Eimer und Kannen von 5, 10, 20 und 40 Pfund. Versand nach Westpreußen. Preis-Adresse: Balkanwachs in Wolfenbüttel b. Braunschweig, Postfach 22. Lieferung nur an Verbraucher direkt!

Erene Freunde

Der Weltmann Monatsheft ist jedem

Schüler, jedem, der einmal

besucht haben (schreiben, im Inhalt und

Verfassung, zu jeder Seite über-

ausgezeichnete Monatsheft geworden

ist. Wer einen für kulturelle Werte

hat, der greife zu den angepriesenen

Definit. Ganz Roman und

Verdient nachher Verleger geben

zusammen mit den Kunst und eine

farbig bedruckten Qualitäten mannig-

fache Unterhaltung und Anregung.

Josef Roth hat 20 Jahre mit ein

Behandlung der Dichtung ein Bild

in monat. Verlesungen geben.

Ein Probeheft von Weltmann

Monatsheften wird Ihnen bei

Einsendung von 30 Pf. für Probe durch

den Verlag Georg Weltmann,

Braunschweig, ohne irgendeine Ver-

pflichtung für Sie gesandt.

Name _____

Beruf _____

Adresse _____

Nur für Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichsillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift **Der Deutsche Rundfunk** Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Schreiben Sie Postschecks und Zahlkarten? Verwenden Sie schon den Postscheckstempel?

Zu Ihrem Postscheckkonto gehört der

Postscheck-Stempel

Bisher mußte man in jedes Postscheckformular 3-5 x den gleichen Ort schreiben. Jetzt verrichtet diese Arbeit der kleine praktische Postscheckstempel viel schneller und besser. Der Stempel enthält alle Ortsnamen, wo sich Postscheckämter befinden.

Preis pro Stück nur 2.— M.

Mutter zur gefälligen Ansicht vorrätig

Zu haben in der Buchhandlung Willi. Sauer, Roßleben.

Nebrauer Anzeiger

Amtes Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Brudtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Wern.

Nr 31

Donnerstag, den 12. März 1931.

44. Jahrgang

Abrüstung?

Die italienisch-französische Flotteneinigung ist im Ausland, namentlich in Frankreich, als Beweis des zurechtfindenden Friedenswillens und der Abrüstungsbereitschaft der beteiligten Mächte gefeiert worden. In Deutschland hat man diese Vereinerungen allerdings mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen; denn durch das Kompromiß ist wohl dem Welterfüllen der Mittelmeerflotte ein Ende gemacht worden, von einer tatsächlichen Abrüstung kann jedoch keine Rede sein. Im Gegenteil, Paris und Rom garantieren sich gewissermaßen ihren Rüstungsstand bis zum Jahre 1936, genau wie die großen Seemächte England, Japan und Amerika, die ihre Flottenrüstungen bis zu diesem Termin vertraglich festgelegt haben. Im Februar 1932 soll nun auf der sogenannten Abrüstungskonferenz das gleiche Verfahren hinsichtlich der Landrüstungen angewandt werden. Auf einen Erfolg dieser Konferenz kann man von vornherein nicht hoffen. Fast doch der französische Kriegsminister Maginot kürzlich in der Pariser Kammer allen Ernstes behauptet, daß Frankreich bereits abgerüstet habe, Deutschland aber insoweit aufzurüste. Die Beratung des Wehrrechts im Haushaltsausschuß des Reichstages gab der Reichsregierung und dem Parlament willkommene Gelegenheit, die unsinnigen und wahrheitswidrigen Behauptungen des französischen Kriegsministers mit aller Schärfe zurückzuweisen.

Maginots Behauptungen dürfen nicht unüberlegt bleiben. Und es ist dem Reichswehrminister Goerner zweifellos gelungen, geradezu läudlich mit betonter Weidenschaftslosigkeit den Beweis dafür zu erbringen, daß Frankreichs Rüstungen nicht um einen Deut geringer geworden sind. Das, was Maginot als Verminderung der französischen Rüstungen hinstellen wollte — er verweist dabei auf die Herabsetzung der Divisionenanzahl und die Verminderung der Dienstzeit von drei Jahren auf ein Jahr —, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine Umorganisation, eine Umrüstung u. g. u. unter Berücksichtigung der gemachten Kriegserfahrungen und unter Angleichung an eine geradezu wahnwitzige Entwidlung der Kriegstechnik. Die Schlagkraft der französischen Armee ist dadurch nur um so stärker geworden. Im einzelnen konnte Goerner den Nachweis erbringen, daß Frankreich überhaupt nicht daran gedacht hat, sein Kriegsinstrument irgendwie unter den Schatten jener Abrüstungstheze zu stellen, die leinerzeit den Kardinalpunkt des Versailles Vertrages bildete, solange es galt, sie auf Deutschland in Anwendung zu bringen.

Immer wieder muß es gesagt werden, und der Reichswehrminister hat es mit Deutlichkeit wieder ausgesprochen, daß vor zehn und mehr Jahren die deutsche Abrüstung damit begründet wurde, daß sie den Vorkurs zu einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen darstellen sollte. Hier ist vertriebenes Recht, auf Deutschland nicht nur im Interesse seiner eigenen Sicherheit, sondern in dem hohen Interesse des europäischen Friedens pochen muß, solange es unerfüllt ist. Maginots These, daß diejenigen Länder, die im letzten Kriege die Angreifer gewesen seien, strengeren Rüstungsbeschränkungen unterworfen bleiben müßten als die anderen, ist so, wie sie gemeint ist, ein Hohn auf das Ergebnis der historischen Wissenschaft internationalen Charakters, die längst die Versailles These von der Alleinschuld Deutschlands im letzten Kriege als unhaltbar festgestellt hat.

colorchecker CLASSIC



Behauptungen der Zustimmung für alle Staaten die sie der Vertrag, das waren Goerner im Einklang für die Deutschen bevorstehenden sich mit dem schließlichen Front der hat, brauch gegeben. Einer herauskomdelegierte Vordgebnisse betrachte eine allgemeine Haushaltes aller in diese fähigen ganz und gar die gleiche Deutschland Anfall vor einer stungskonferenz, um die Staengelegten Abriü der einseitigen

Abrüstung Deutschlands bleibt und die anderen Völker nicht abrüsten wollen, dann ist es endgültig aus mit dem Ansehen des Völkerbundes, und die Reichsregierung muß sich darüber schlüssig werden, ob unter diesen Umständen ein Verbleiben Deutschlands in dieser Körperhaft überhaupt noch Sinn und Zweck hat.

Regierungsbereit wenn . . .

Antwort der D. N. D. P.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit:
Dr. Hugenberg, Dr. Oberhofen und Dr. von Winterfeld veröffentlichen eine Erklärung, deren Zweck nicht rüch-schauende Auseinandersetzungen über Vergangenes ist, sondern vielmehr die wirkliche Durchführung der auch vom Reichstasler betonten Notwendigkeit größerer Wahrsichtig-keit in unserem öffentlichen Leben.

In der Regierunqspreffe wird neuerdings in verächt-lichen Umwege die selbste Darstellung verbreitet, daß die Regierung durch die Politik der nationalen Opposition an die Seite der Sozialdemokratie gedrängt werde und daß die Rechtsparteien, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei, sich vor oder nach den Wahlen aus Scheu vor Verantwortung einer politischen Mitarbeit an der Regierung verweigert habe.

In der Erklärung heißt es u. a., daß den Deutschnationalen seitens der Regierung Erklärung mehr vor noch nach am Septemberratsen irgendwelche Angebote betreffend Regierungsbeteiligung gemacht oder irgendwelche Möglich-keiten hierzu geboten worden seien. Die deutschnationalen Parteiführer hätten seit dem Herbst 1929 öffentlich und nichtigentlich immer wieder betont, daß sie zur Übernahme der Verantwortung, allerdings unter bestimmten, dem Kaiser betanzichtigten Bedingungen, bereit seien.

Die Behauptung, das Kabinett habe in Auswertung der Wahlen den nachdrücklichsten Verzicht gemacht, die Grundlage der Regierung nach rechts zu erweitern, wird, soweit die Deutschnationalen in Betracht kämen, in der Erklärung als unrichtig bezeichnet.

Der Beschluß des Reichslandbundes.

Das Ergebnis der Berliner Tagung.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes beschä-figte sich auf einer Tagung in Berlin mit der „Entwidlung der Landwirtschaft im Reich“ und dem Gesetz über die Dithilfe.“ Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde folgender Bericht veröffentlicht:

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat den Bericht des Geschäftsführenden Präsidenten Grafen von Kalkreuth entgegengenommen und billigt die Haltung und Maßnahmen, die das Präsidium in Auswertung der Kampfberichte vom förtwährenden Reichslandbundtag ergriffen hat. Ausdrücklich erklärt auch der Bundesvorstand die seitdem bekannt gewordene Agrarvorlage einschließlich der Dithilfe für unzureichend, insbesondere wegen Minderberücksichtigung unserer Forderungen auf dem Gebiete der allgemeinen Rentenien-terung und der innerwirtschaftlichen Maßnahmen sowie des Fehlens jeder Garantie für förtwährend und ungestörtere Durchführung der Maßnahmen. Der innerhalb und außerhalb der Reichsregierung verläßt itztage getretenen landwirtschaftlichen feindlichen Kräfte gilt nach wie vor unser förtwährend Kampf.

Eine Einwirkung auf die Parteien in den gegenwärtig rein politischen Entscheidungen lehnt der Bundesvorstand ab. Die Verantwortung für die augenblickliche Lage und die weitere Entwicklung der Gesetzgebung auf wirtschaftlichen und politischen Gebiet liegt ausschließlich beim Reichskabinett und den Parteien.

Konferenz der Außenminister.

Vor der Tagung des Europaanschlusses.

Genf, 11. März.

Der vor Briand zum 24. März nach Paris einberufenen Tagung des Europaanschlusses wird in hiesigen unterrichteten Kreisen größere Bedeutung beigegeben.

Man nimmt an, daß diese Tagung, die offiziell als Tagung des Organisationsausschlusses des Europaanschlusses inberufen worden ist, den Charakter einer Konferenz der europäischen Außenminister annehmen wird, nachdem die Teilnahme der Außenminister von England, Frankreich, Italien, Spanien, Südslawien, Griechenland, der Schweiz und Finnland bereits gesichert ist. In den Verhandlungen des Organisationsausschlusses nehmen ferner Vertreter von Polen, Dänemark und Portugal teil. Eine offizielle Mitteilung über die Teilnahme des deutschen Außenministers an dieser Tagung liegt in Genf zwar noch nicht vor; im Hinblick auf die große Bedeutung der zur Verhandlung stehenden Fragen wird jedoch mit der Teilnahme von Dr. Curtius gerechnet.

Auf der Tagesordnung des Organisationsausschlusses stehen grundsätzliche, die Organisation der europäischen Union betreffende Fragen, ferner ein Bericht der hiesigen Regierung auf Einladung eines besonders Ausschusses zur Erörterung der dringenden politischen Probleme Europas, ferner die Wahl des Präsidiums und des Vizes des Euro-

paischen Ausschusses. Da mit der Möglichkeit einer Wahl des französischen Außenministers Briand zum Präsidenten der Republik im Mai gerechnet wird, dürfte auch die Frage der künftigen Präsidenschaft im Europäischen Ausschuß zur Sprache gelangen.

Deutsche Reden in Paris.

Ausführungen von Joos und Frau Weber.

Paris, 11. März.

Der deutsche Reichstasgsabgeordnete Joos (Zentrum) hielt aus Einladung des französischen Nationalrates für soziale und politische Studien einen Vortrag über das Thema „Die Beziehungen zwischen den Katholiken und den Zentrumsparteien Deutschlands und Frankreichs“.

Er führte u. a. aus: Die Deutschen und die französischen Katholiken hätten in ihren Beziehungen untereinander bereits einen großen Fortschritt zu verzeichnen, der darin liege, daß man sich kennen und achten gelernt habe. Noch fehle jedoch die Gemeinamkeit der Anschauungen in bezug auf gewisse grundlegende Fragen.

Der allem fehle den Deutschen die Gleichberechtigung. Nur volle Gleichberechtigung könne zum Ausgleich führen und in Deutschland die radikale Bewegung nach rechts und links abblenden. Angesichts der die christliche Kultur untergrabenden Gefahr aus dem Osten müsse Europa sich einigen. Außer den Wunschbegriffen „Friede“ und „europäische Verständigung“ gebe es noch einen dritten grundlegenden Begriff „die Gerechtigkeit“.

Sodann sprach die deutsche Reichstasgsabgeordnete Heines Weber im Namen der katholischen Frauen Deutschlands. Sie betonte den Einfluß der Frau auf die christliche Geistesentwicklung im Sinne der Verständigung und des Friedens.

Der ehemalige Abgeordnete Boiffard legte in längeren Ausführungen den Geist und die Ziele der katholischen Bewegung dar. Der Redner entwidelte das Programm für die Zukunft, wobei er eine weitgehende Ausschaltung der Politik zugunsten des Kampfes gegen den rechten und linken Radikalismus in Aussicht stellte.

Der Reichstasgsabgeordnete Joos erklärte, daß das von dem französischen Abgeordneten Boiffard veränderte Programm in dieser Form nicht den Auffassungen der deutschen Katholiken entspreche. Der Kampf der katholischen Bewegung richte sich lediglich gegen die Festsetzung der christlichen Familie und des christlichen Geistes, wobei man an die bolschewistische religionsfeindliche Propaganda gedacht habe.

Englands Abrüstungspolitik

London, 11. März.

Der Staatssekretär für die Landesverteidigung, Sir Austen Chamberlain, gab bei der Einbringung der Heeresvoranschläge im Unterhaus eine Erklärung über die Richtlinien der Regierungspolitik zur Abrüstungsfrage. Die Regierung beabsichtige weiterhin, die britischen Streitkräfte in ihrer augenblicklichen Höhe aufrechtzuerhalten. Es liege außer Frage, daß die richtige Herabsetzung der Rüstung, die in England vorgenommen wurde, von anderen Ländern nicht nachgeahmt werden lie. Unter diesen Umständen sei es für ihn unmöglich, der Regierung eine weitere einseitige Verminderung der Streitkräfte zu empfehlen. Die Regierung könne jedoch sagen, die Erfahrung spreche dagegen und auch die nächsten des Friedens und der Abrüstung für die Zukunft sprächen dagegen. Das Haus werde ihn wohl recht verstehen, wenn er erkläre, daß die Ausrichtung der Abrüstung dagegen prägen. Die Regierung werde, so wie sie es bei der Flottenabrüstung getan habe, auch bei der Verhandlungen über die Abrüstung zu Lande eine führende Rolle übernehmen. Aber zur Zeit lie es vollkommen unmöglich, eine Herabsetzung der Streitkräfte vorzuschlagen, und aus diesem Grunde seien die in den Voranschlägen angeführten Zahlen unge-ändert die gleichen wie im vergangenen Jahre.

Polen am Pranger.

Die Terrorakte in Hohenbirkten vor Gericht.

Kybnitz, 11. März.

Vor dem Schwurgericht in Kybnitz begann der Prozeß wegen der am 19. November vorigen Jahres gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Hohenbirkten verübten Terror-Akte. Bei diesen Vorfällen wurden die deutschen Minderheitsangehörigen von den politischen Anführern in schwerer Weise körperlich mißhandelt, zum Teil wurde ihnen auch die Wohnungsbrennung zuzuschrieben. So wurde der Vertrauensmann des Deutschen Volksbundes, Neugebauer, so lange gefoltert, bis er bewußtlos zu Boden stürzte. Bodenlang hat er an den Folgen der Verletzungen schwerant darniederzulegen. Gleich nach den Vorfällen wurden zwei Väterkinder verhaftet, während vier andere, darunter der politische Schlichter Schimminski, zum Teil wurde ihnen nach die Wohnungsbrennung zugeschrieben wurden. Gegen alle sechs Personen wurde das Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs, schwerer Körperverletzung sowie Aufreitung zu Gewalttaten eingeleitet.

Vor Gericht bestritten sämtliche Angeklagten die ihnen in der Anklageschrift zur Last gelegten Verbrechen. Besonders die Angeklagten Schimminski und Konzja verweigerten, die Schuld an den Vorgängen der „provokatorischen“ Tätigkeiten des Deutschen Volksbundes zuzugestehen. Auch die Minderheitsführer in Kybnitz hätten in herausfordernder Weise an der Grenze demonstriert. Konzja will sogar durch einen Spieß erfahren haben, daß die Kybnitzer Hülfer-Dir-